

Unterschriften gegen Lehrplan 21

Widerstand gegen den umstrittenen Deutschschweizer Lehrplan 21 regt sich auch im Kanton Schwyz. Am Dienstag wurde die Unterschriftensammlung für die Initiative «Nein zum Lehrplan 21» lanciert.

Die Initiative will verhindern, dass der Lehrplan 21, der für die gesamte deutsche Schweiz einheitliche Lernziele setzen soll, an den Schwyzer Volksschulen eingeführt wird. Zudem verlangt sie in Bildungsfragen mehr Mitsprache für das Schwyzer Stimmvolk.

Hinter dem Begehren steht unter anderem das Bürgerforum Gemeinde Freienbach. Dieses hatte sich 2011 wegen eines angeblichen Abbaus von Bürgerrechten gegen die neue Schwyzer Verfassung gewehrt.

Eltern, Lehrmeister und weiterführende Schulen stellten bei den Schulabgängern einen rapide sinkenden Ausbildungsstand fest und die Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten würden steigen, schreibt das Initiativkomitee. Die Situation werde mit dem Lehrplan 21 weiter verschlechtert, befürchtet es.

Die Initianten wollen das kantonale Volksschulgesetz in drei Punkten ändern. So soll ein Paragraph gestrichen werden, der Schulversuche zulässt. Daneben soll das Gesetz Jahrgangsziele und Schulfächer explizit aufführen.

Ein neuer Passus sieht überdies vor, dass das Volk in grundlegenden Schulfragen mitentscheidet. Gemäss Initiative würden interkantonale Vereinbarungen zu Lehrplänen dem fakultativen Referendum unterliegen. Grundlegende Lehrplanänderungen müsste die Regierung dem Volk unterbreiten.

Die Initianten kritisieren insbesondere den geplanten "stark reduzierten Minimal-Lehrstoff in Deutsch und Mathematik" und das "Verschwinden" vieler Fächer. Weil der Lerninhalt in Kompetenzen zerstückelt und keine Jahreslernziele mehr vorgegeben werden sollen, fehle eine strukturierte, solide Vermittlung von Grundwissen, schreiben sie.

Die Einführung des Lehrplans verursache zudem "riesige Kosten" zur Umschulung der Lehrpersonen, für neue Lehrmittel, Beurteilungssysteme und Schul-Infrastruktur.

Für das Zustandekommen der Gesetzesinitiative sind 2000 Unterschriften nötig. Eine Sammelfrist gibt es im Kanton Schwyz diesbezüglich nicht.

In mehreren Kantonen werden Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 lanciert oder sind in Vorbereitung. Im Aargau und in Baselland begann die Unterschriftensammlung bereits, im Kanton St. Gallen soll diese im November starten.

Je nach Kanton müssen die Lehrplan-Gegner zwei Volksinitiativen lancieren, um ihr Ziel zu erreichen: Erstens für einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat und zweitens für einen kantonalen Lehrplan.

Der Lehrplan 21 geht auf eine eidgenössische Volksabstimmung aus dem Jahr 2006 zurück. Damals sprachen sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Harmonisierung der Schulen aus.

Der Lehrplan umfasst elf Schuljahre und beschreibt den Bildungsauftrag neu in Form von Kompetenzen. Er ist nicht dann erfüllt, wenn der Stoff behandelt ist, sondern wenn die Kinder das verlangte Wissen anwenden können.

Der Entwurf zum Lehrplan 21 wird derzeit grundsätzlich überarbeitet und um einen Fünftel gekürzt. Das beschloss die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) im April nach Auswertung der Rückmeldungen. Kritikpunkte waren Umfang, Detaillierungsgrad sowie die teilweise zu hohen Anforderungen an die Schüler.

Die überarbeitete Version soll gemäss D-EDK im Herbst vorliegen. Die meisten der 21 Kantone in der deutschsprachigen Schweiz planen die Einführung des Lehrplans auf das Schuljahr 2017/18. Die Aargauer Regierung will den Lehrplan drei Jahre später einführen, wie sie im Sommer bekannt gab. (sda)